

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 01/2012

EVP SAGT JA ZU FESTEN BÜCHERPREISEN

Die EVP befürwortet die Buchpreisbindung. Sie stärkt Buchhandlungen und Verlage und ermöglicht Sortimente, in denen auch Schweizer Autoren ihren Platz haben.

MARIANNE STREIFF,
NATIONALRÄTIN

Einfach ausgedrückt bedeutet die Buchpreisbindung, dass von der Quartierbuchhandlung bis zum in- oder ausländischen Onlinebuchhändler für ein Buch immer der gleiche Preis gilt. Bei überhöhten Preisen kann der Preisüberwacher eingreifen. Seit der Aufhebung der Buchpreisbindung im 2007 mussten in der Deutschschweiz bereits 13 Prozent der Buchhandlungen schliessen. Buchhändler, Verleger und Autoren setzten sich deshalb für die Wiedereinführung der Buchpreisbindung ein. National-

und Ständerat haben dem entsprechenden Gesetz im März 2011 zugestimmt. Weil bürgerliche Jungparteien erfolgreich das Referendum ergriffen haben, kommt die Vorlage am 11. März zur Abstimmung.

Knappes Ja der EVP

Feste Bücherpreise verhindern, dass nur Bestseller billig verkauft werden, der Preis aller anderen Bücher aber steigt. Ohne Preisbindung können Schweizer Verlage und Buchhandlungen im Konkurrenzkampf mit Discountern und Grosshändlern nur schlecht mithalten. Als Kleinstaat mit ungleich grösseren, gleichsprachlichen Nachbarn ist die Schweiz äusserst verletzlich, was ihre

Medien- und Kulturvielfalt angeht. Sie hat deshalb ein Interesse daran, ihre Kultur und in diesem Fall das Buch zu fördern. Die gesetzlich festgelegte Buchpreisbindung ist dazu geeignet.

Eine Minderheit der EVP-Delegierten taxierte die Buchpreisbindung als Kartell, dass staatlich nicht legitimiert werden dürfe. Zweitens dienten feste Bücherpreise mehr dem Buchhandlungs- als dem Buchschutz. Schliesslich überwogen für die Mehrheit der Delegierten die Argumente für die Buchpreisbindung und sie fassten am 21. Januar in Olten eine knappe Parole wie selten: mit 54 zu 48 Stimmen sagt die EVP Ja zu festen Bücherpreisen!

5 Vorlagen im März

Am 11. März 2012 kommen gleich fünf Vorlagen zur Abstimmung: nebst den fixen Bücherpreisen stimmt die EVP auch der Beschränkung des Zweitwohnungsbaus zu, lehnt hingegen die Bausparinitiative, den Gegenvorschlag zur Geldspielinitiative und die Initiative «6 Wochen Ferien für alle» ab. So haben es die EVP-Delegierten am 3. Dezember in Langenthal bzw. am 21. Januar in Olten beschlossen.

Die Vorlagen sind auf den Seiten 3 bis 5 beschrieben oder direkt auf www.evpep.ch > Politik > Abstimmungen (ausführlichere Texte und Argumente).

Stärkt Schweizer Buchhandlungen und Verlage

Sichert Vielfalt und Fördert die Schweizer Literatur

Senkt Preisunterschiede zum Ausland

ja
ZUM BUCH
MIT PREISBINDUNG

www.ja-zum-buch.ch

Komtee «Ja zum Buch», c/o SBV, Postfach, 8034 Zürich

«Ja zum Buch mit Preisbindung» – so wirbt Heidi für das Buch und den Schweizer Buchhändler- und Verleger-Verband.

KOMMENTAR



Gesellschaft in Schiefelage

Zwei Ereignisse prägten die Schlagzeilen in letzter Zeit: die Nationalbank-Affäre und das Schiffsunglück in Italien. Schaut man etwas näher hin, offenbaren sich gesellschaftliche Abgründe. Und zwar ein Mangel an persönlicher Werteorientierung. Lügen, Intrigen, Macht, Verantwortungslosigkeit, Egoismus, Intransparenz, Feigheit und Respektlosigkeit wurden schonungslos ans Licht gebracht. Auch die Medien hielten sich dabei nicht immer an die Wahrheit.

Treffend der Kommentar der Ehefrau des Küstenwache-Kommandanten, welcher den Kapitän wieder aufs sinkende Schiff zurückbeordern wollte: dass jemand, der ganz normal seine Pflicht und Aufgabe erfüllt habe, heutzutage als Nationalheld gefeiert wird, zeige den bedenklichen Zustand der italienischen Gesellschaft.

Die Glaubwürdigkeit der Autoritätspersonen und im speziellen der Politikerinnen und Politiker ist auf einem Tiefpunkt. Woran soll sich die Gesellschaft künftig orientieren, wenn sie den Kapitänen auf der Brücke nicht mehr traut? Eine Rückbesinnung auf tragende Werte tut not. Politisch verordnet werden können sie jedoch nicht. Da hilft nur göttliche Einsicht. Und praktisches Vorleben.
Joel Blunier, Generalsekretär

Ohne EVP politisch heimatlos

In der Parteilarbeit erlebe ich immer wieder richtige «Aufsteller». Einen solchen gab es am Samstag, den 21. Januar. Nach der DV in Olten haben wir unsere Mitglieder zu einer Zukunftswerkstatt eingeladen. Nach einer Einführung durch Walter Donzé wurde in mehreren Gruppen diskutiert. Es ging um den kritischen Rückblick, um das Formulieren von Utopien, Visionen und Träumen und schliesslich ganz besonders ums Unterbreiten von konkreten, realistisch erscheinenden Vorschlägen. Eindrücklich war, dass sich viele langjährige Mitglieder, auf die immer Verlass ist, einfanden. Doch kamen auch viele, die noch nicht lange Mitglied sind und den Wunsch haben, die EVP nicht nur kennenzulernen, sondern auch weiterzuentwickeln. Es braucht beides: Erfahrung umsetzen und neue Gedanken einbringen. Es herrschte Aufbruchstimmung. Dies ist wichtig. Wir werden diese Zukunftswerkstatt auswerten und Folgerungen für die Zukunft ziehen.



Ed. Kriegen

Walter Donzé lud zu Beginn seiner Ausführungen alle Teilnehmenden ein, für sich persönlich den Satz zu vollenden: «Wenn es die EVP nicht gäbe, ...» Wie hättest Du, liebes EVP-Mitglied, diesen Satz beendet? Bei mir kam es spontan: «Wenn es die EVP nicht gäbe, wäre ich politisch heimatlos.» Davon bin ich restlos überzeugt. Ich bin gewiss, dass viele von Euch ähnlich antworten würden.

Erfreulicherweise gab es bereits in den ersten Wochen dieses Jahres mehrere Beitritte. Es ist so wichtig, unsere Mitgliederbasis zu erweitern. Herzlichen Dank Euch allen, die ihr vom Auftrag der EVP überzeugt seid, mitdenkt, mithandelt und mitentscheidet.

Heiner Studer,
Präsident der EVP Schweiz

«Selbst Hardcore-Raucher müssen zugeben: Man raucht weniger im Winter. Es ist auf Dauer einfach zu kalt.»

EVP-Nationalrätin Maja Ingold am 22. Dezember 2011 im Nationalrat zum geltenden Recht und der Initiative «Schutz vor Passivrauchen» der Lungensliga. Eine Regelung, die sich bereits heute in acht Kantonen und den Nachbarländern bewähre, könne so unsinnig nicht sein.

«Wir wollen nicht auf den Schwächsten (umetschaupen), um verantwortungslose Steuersenkungen zu kompensieren.»

EVP-Grossrat Ruedi Löffel verurteilt in der Berner Zeitung vom 30. November 2011 die Sparmassnahmen in der Volksschule und im Behindertenbereich.

«Obwohl es sich um eine sehr grosse Summe handelte, wurde es wie ein Kavaliersdelikt behandelt. Moralische Massstäbe scheinen nicht zu existieren.»

Politgeograf Michael Hermann im 20 Minuten vom 9. Dezember 2011 zu den Veruntreuungsvorwürfen gegen den SVP-Bundesratskandidat.

PAROLEN DER EVP

beschlossen von der DV am 3. Dezember 2011 in Langenthal und am 21. Januar 2012 in Bern für die Abstimmung vom 11. März 2012:

Initiative zum Zweitwohnungsbau	JA
Bausparinitiative	NEIN
Initiative «6 Wochen Ferien für alle»	NEIN
Geldspielinitiative (Gegenvorschlag)	NEIN
Gesetz über die Buchpreisbindung	JA

AUS DEM INHALT

Lotteriespielautomaten an jedem Kiosk? Nein zum Gegenvorschlag zur Geldspielinitiative!	4
Kalte Betten in allen Alpentälern? Ja zur Initiative zum Zweitwohnungsbau!	5
Bezahlbare Wohnungen in Zürich? Zwei EVP-Initiativen werden angenommen!	7

NEIN ZUM INEFFIZIENTEN BAUSPAREN!

Die EVP lehnt die Bausparinitiative ab, weil sie ungerecht ist und nur in ganz wenigen Fällen dazu führt, dass jemand bauen kann, der es sich sonst nicht hätte leisten können.

MAJA INGOLD,
NATIONALRÄTIN

Die Bausparinitiative will es den Kantonen ermöglichen, steuerlich abzugsfähige Bauspareinlagen einzuführen. Erstens für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum (maximal 15 000 Franken jährlich, Ehepaare das Doppelte), zweitens zur Finanzie-

rung von Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (maximal 5000 Franken jährlich, Ehepaare das Doppelte). Für beide Zwecke sollen Einlagen je einmal, aber nicht gleichzeitig während längstens zehn Jahren angespart werden können. Wird das Geld für etwas anderes verwendet, sind Regeln zur Nachbesteuerung vorgesehen. So weit, so gut. Die EVP teilt das Anliegen, das Wohneigentum in der Schweiz zu fördern. Doch die Bausparinitiative ist aus den folgenden Gründen das falsche Instrument:

■ **Das Bausparen verfehlt sein Ziel.** Man kann mittlere Miethaushalte nicht dazu bringen, dass sie mit dieser Steuerentlastung Wohneigentum erwerben können. Sie verdienen nicht genug, um innert zehn Jahren einen namhaften Betrag sparen zu können. Nur ein ganz kleiner Teil der Haushalte wird dank Bausparen ein Eigenheim erwerben können, das sie sich sonst nicht hätten leisten können.

■ **Das Bausparen hilft den Falschen.** All jene, die ohnehin genügend Geld haben, um zu bauen, werden das Instrument selbstverständlich benützen und von der Steuerersparnis profitieren. Wir unterstützen somit ausgerechnet jene, die es nicht nötig haben. Wegen der Progression profitieren Personen mit hohem Einkommen überdurchschnittlich. Das verschlechtert die Effizienz des Bausparens zusätzlich.

■ **Das Bausparen ist teuer.** Die Steuerausfälle fallen jedes Mal an – und müssen kompensiert werden.

■ **Das Bausparen verletzt die Verfassung.** Bei der Abstimmung über das Steuerpaket im Jahr 2001 kam ein Gutachten der Kantone zum Schluss, dass die damals geforderten Bauspar-Abzüge das verfassungsmässige Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungs-



Niklaus Hari

Das Baugewerbe läuft auch ohne Bausparen auf Hochtouren.

fähigkeit massiv verletzen würden. An dieser Ausgangslage hat sich aus Sicht der EVP nichts geändert.

■ **Das Bausparen ist überflüssig.** Mit den Vorbezugsmöglichkeiten aus der 2. und 3. Säule bestehen bereits ausreichend und ebenfalls steuerlich privilegierte Instrumente zur Förderung des Wohneigentums.

Im Parlament wurde ein Antrag gestellt, das Bausparen auf Haushalte mit tiefen bis mittleren Einkommen zu beschränken. Er hätte den «Mitnahmeeffekt» jener Haushalte vermieden, die ohnehin bauen können und bloss von der Steuerersparnis profitieren. Der Antrag blieb chancenlos. Damit ist für die EVP klar: Das Bausparen ist nicht zielfüh-

Abschaffung des Eigenmietwerts

Viel wichtiger als neue Bausparmodelle ist der Verzicht auf den Eigenmietwert. Wer die Schulden auf seinem Haus abzahlt, soll nicht länger bestraft werden. Doch dieses Vorhaben ist bislang jedes Mal daran gescheitert, dass die Ratsrechte zwar den Eigenmietwert abschaffen, zugleich aber hohe Abzüge für Schuldzinsen und Unterhaltskosten beibehalten wollte. Fünfer und Weggli für Hauseigentümer also: da macht die EVP nicht mit.

Weitere Initiativen zum Hauseigentum

Zwei weitere Initiativen zum Wohneigentum stehen bereit. Beide wurden vom Hauseigentümergebiet eingereicht. Die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» sieht vor, dass Bund und Kantone für den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum während maximal zehn Jahren einen Abzug vom steuerbaren Einkommen von bis zu 10 000 Franken zulassen müssen. Im Unterschied zur aktuellen Initiative wäre dieser Abzug zwingend einzuführen. Gemäss der Initiative «Sicheres Wohnen im Alter» sollen sich Hauseigentümer beim Erreichen des AHV-Alters entscheiden können, ob sie ihr Wohneigentum nach geltendem Recht versteuern wollen oder ob sie in ein Steuersystem ohne Eigenmietwert und mit geringeren Abzugsmöglichkeiten für Unterhaltskosten wechseln wollen.

rend, verursacht Steuerausfälle und schafft neue Ungerechtigkeiten. Es unterwandert die Steuergerechtigkeit und verhilft nur am Rand Menschen zu Wohneigentum, die es sich andernfalls nicht leisten könnten. In Übereinstimmung mit dem Bundesrat, welcher die Initiative ablehnt, haben die EVP-Delegierten am 3. Dezember in Langenthal mit 78 zu 17 Stimmen eine klare Nein-Parole zur Bausparinitiative beschlossen.

Jetzt unterschreiben!
www.erbschaftssteuerreform.ch

Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»

SAMMEL-O-METER		
Sammelstand per 26. Januar		
Sammelziel	110 000	100%
Unterschriften	50 368	46%
Anteil der EVP	9899	
25% der zugesagten EVP-Quote		
35 Mitglieder im Sammelclub		
Bronze (20 Unterschriften)	28	
Silber (50 Unterschriften)	6	
Gold (100 Unterschriften)	5	
Platin (200 Unterschriften)	8	
Total zugesagte Unterschriften	2860	
Top 5 im Sammelclub		
Christian Meyer	403	
Joel Blunier	264	
Niklaus Hari	182	
Reto Gubelmann	167	
Sara Fritz	141	
www.evpep.ch/sammelclub		
Top 5 im Sektionswettbewerb		
EVP Biel	429	
EVP Stadt St.Gallen	360	
EVP Zürich 6/10	360	
EVP Stadt Bern	292	
EVP Buchs AG	267	
www.evpep.ch/sektionswettbewerb		



Gottes Segen

Der Satz «An Gottes Segen ist alles gelegen» hat mich neu motiviert, mein Sein und Tun zu hinterfragen. Wie weit spielt mein Glaube an Gott und die «geistliche Dimension» in meinem Planen und Wirken überhaupt eine Rolle? Rechne ich mit Gott oder ist schlussendlich alles eine Folge meiner Leistung?

Ruppert und Grün schreiben in ihrer Kleinschrift «Ora et labora» von der Vormeditation. Dabei geht man mit Gott den Tag durch und bereitet sich innerlich vor. Mit offenen «Ohren» horcht man, ob Gott einem etwas mitgeben will. Oder man hält vor einem Treffen kurz inne und bittet Gott um geistliche Wachheit. Ich durfte schon oft erfahren, wie ich so die richtigen Worte oder Impulse fand. Diese Erlebnisse zeigen mir, dass ich vielleicht eine gute Leistung liefern kann, geht es aber z.B. um das richtige Wort zum richtigen Zeitpunkt, bin ich ganz von Gott abhängig.

An Gottes Segen ist nun einmal alles gelegen. Wir können uns noch so anstrengen: Ohne ihn ist alles nichts. Sein Erbarmen und seine Gnade sind auch für die EVP überlebenswichtig. So ist mir wichtig, dass wir uns in allen Diskussionen auch Zeit nehmen, um vor Gott zu kommen und ihn um seinen Segen für die Schweiz und ihre Bewohner bitten.

Ich wünsche uns in allen Herausforderungen immer wieder Momente der «Vormeditation», in denen Gott uns an seinem Wirken teilhaben lässt und wir seinen Segen erfahren dürfen. So wird der Glaube von einem «Glauben des Sonntags» zu einem «Glauben von Montag bis Sonntag». Dies ist das Anliegen der Initiative, die am 2. Januar 2012 startete (weitere Infos unter www.glaube-am-montag.ch).

Dr. Benedikt Walker, Leiter VBG

DER SPIELSUCHT KEINEN SPIELRAUM LASSEN

Der Gegenentwurf zur Geldspielinitiative zementiert die Dreifachrolle der Kantone, welche heute die Lotterien bewilligen, durchführen und davon profitieren. Die EVP hält das geltende Recht für die bessere Lösung.

NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH

2008 haben Exponenten aus dem Umfeld der Loterie Romande mit Geldern der Sport-Toto-Gesellschaft die Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls» lanciert. Weil ihre Anliegen zu einem grossen Teil in einem Gegenentwurf berücksichtigt worden sind, wurde die Initiative zurückgezogen und wir haben am 11. März nur noch über den Gegenentwurf



Lukrativ: Ein Tactilo-Kasten erspielt jeden Tag 419 Franken.

abzustimmen. Gegenüber dem geltenden Recht bringt die Vorlage einzig die Verbesserung, dass Bund und Kantone den Gefahren der Geldspiele Rechnung zu tragen haben. Hingegen führt die Vorlage aus Sicht der EVP zu einer ganzen Reihe von Verschlechterungen:

■ Der Gegenentwurf zementiert die Dreifachrolle der Kantone, welche die Lotterien bewilligen, veranstalten und davon profitieren. Solange diese Mehrfachrolle besteht, haben die Kantone kein Interesse daran, dass möglichst wenig gespielt wird. Sie werden auch künftig Geldspiele bewilligen, die potentiell gefährlich sind und die Spielsucht fördern können.

■ Bislang ist der Bund zuständig für die Gesetzgebung über Lotterien und Wetten. Neu soll zwischen Bund und Kantonen eine konkurrierende Gesetzgebungskompetenz

gelten. Ein gemeinsames Organ soll die Aufgaben koordinieren. Eine klare Kompetenzordnung sieht anders aus und Konflikte sind vorprogrammiert.

■ Ein klares Unterscheidungsmerkmal zwischen Lotterie- und Spielbankenbereich fehlt weiterhin.

■ Die Kantone haben bis vor Bundesgericht prozessiert, um ihre einträglichen Tactilo-Kästen in Restaurants und Bars aufstellen zu können. Mit dem Gegenentwurf haben sie definitiv freie Hand. Doch Experten bezeichnen Tactilo als ruinöses Nonstopp-Spiel.

Fazit: Die Nachteile der neuen Regelung überwiegen aus Sicht der EVP. Die gemeinnützige Verwendung der Lotteriegelder ist auch mit dem geltenden Recht gewährleistet und die Institutionen in Kultur, Sozialem und Sport müssen nicht um die Unterstützung bangen. Doch statt kräftig mitzuverdienen, sollten die Kantone alles unternehmen, um die Spielsucht und ihre schädlichen Folgen einzudämmen. Der Bund darf seine Zuständigkeit für die Lotterien nicht leichtfertig aus der Hand geben. Deshalb haben die EVP-Delegierten am 3. Dezember in Langenthal dem geltenden Recht den Vorzug gegeben und mit 56 zu 34 Stimmen ein Nein beschlossen.

JAHRESZIELE DER GL

FORCIERUNG DER MITGLIEDERWERBUNG

Die GL der EVP Schweiz hat ihre Jahresziele verabschiedet. Im Mittelpunkt steht die Mitgliederwerbung.

(nh). Die Geschäftsleitung der EVP Schweiz hat die folgenden Jahresziele beschlossen:

- 1. Einreichung der Volksinitiative «Millionen-Erbchaften besteuern für unsere AHV»**
- 2. Vorbereitungen zur Überarbeitung des Schwerpunkteprogramms:** Bildung einer Programmkommission und Festlegung des Projektzeitplans.
- 3. Klärung des EVP-Profiles:** Kernkompetenzen und Nischenthemen definieren, Erstellung eines Themenprofils mit 8 bis 10 Leitsätzen.

men definieren, Erstellung eines Themenprofils mit 8 bis 10 Leitsätzen.

- 4. Professioneller Auftritt und bessere externe Wahrnehmung:** bessere Medienkontakte.
- 5. Erhöhung der finanziellen Ressourcen**
- 6. Forcierung der Mitgliederwerbung:** 4800 Mitglieder bis Ende Jahr, Adressarium markant und qualitativ ausbauen, Anwerbung von Kandidierenden, Mitglie-

derwerbung bei Spendern, Kontaktaufnahme mit Unterzeichner/innen der Lebenswertepetition, Thema am Kadertag.

- 7. Sektionsgründungen und Revitalisierung schwacher Kantonalparteien:** Lancierung eines Expansionsteams, Gründungsworkshop durchführen.
- 8. Förderung der Kaderentwicklung:** mit Schulungen, Hilfsmittel verfügbar machen.
- 9. Erneuerung und Verjüngung der Parteiorgane:** Neuwahlen von ZV, GL und Präsidium.
- 10. Einbindung der Parteimitglieder:** bessere Information und Nutzung der Kompetenzen.

Die Jahresziele können auf evp-epv.ch > Personen > Geschäftsleitung eingesehen werden.

ZERSIEDELUNG STOPPEN

Die Initiative von Franz Weber will den Zweitwohnungsanteil auf 20% beschränken. Die EVP unterstützt die Vorlage – um die Landschaftsinitiative nicht zu gefährden.

RUEDI AESCHBACHER,
ALT NATIONALRAT

Die Volksinitiative «Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen!» des Umweltschützers Franz Weber will den Zweitwohnungsanteil pro Gemeinde auf 20% der Wohnungen und der für Wohnzwecke genutzten Bruttogeschossfläche beschränken. Heute wird in der Schweiz pro Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut. Es ist unbestritten, dass wir dringend Massnahmen gegen die rasant fortschreitende Zersiedelung ergreifen müssen. Anders lassen sich zusammenhängende Lebens- und Erholungsräume für Mensch und Tier nicht erhalten.

Die Initiative macht etwas starre und unbewegliche Vorgaben. Zudem richtet sie sich nur gegen den Zweitwohnungsbau und nicht auch gegen den rasanten Bodenverschleiss durch alle anderen Industrie-, Wohn- und Infrastrukturbau-

ten. Sie visiert somit nur ein Teilproblem der Zersiedelung an und ist daher weit weniger sinn- und wirkungsvoll, als die «Landschaftsinitiative», welche später zur Abstimmung kommt. Diese will nämlich Raum und Landschaft schützen, zuerst bestehende Bauzonen aufbrauchen, bevor neue geschaffen werden und das Baugebiet deshalb in den nächsten 20 Jahren nicht vergrössern. Die EVP ist im Initiativkomitee der Landschaftsinitiative vertreten und hat die Unterschriftensammlung unterstützt.

Wenn ich trotzdem den EVP-Delegierten am 3. Dezember 2011 in

Langenthal ein Ja zur Initiative zum Zweitwohnungsbau beantragt habe, so vorab auch aus taktischen Gründen: Ein ganz massives Volksnein zur Initiative zum Zweitwohnungsbau könnte zur Interpretation verleiten, die Stimmenden wollten ganz grundsätzlich nichts wissen von irgendwelchen Massnahmen gegen die Zersiedelung und den Bodenverschleiss. Das aber würde die Chance der später zur Abstimmung gelangenden Landschaftsinitiative spürbar verschlechtern. Aufgrund dieser Überlegungen haben die Delegierten mit 86 zu 8 Stimmen eine deutliche Ja-Parole beschlossen.



Zweitwohnungen in den Alpen: geschlossene Fenster überall.

FERIENINITIATIVE

FÜNF STATT SECHS WOCHEN FERIEN

Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» geht der EVP zu weit. 5 Wochen wären angemessen.

MARIANNE STREIFF, NATIONALRÄTIN

Vier Wochen Ferien sind ungenügend. Darin sind sich Arbeitnehmende und (die meisten) Arbeitgebende einig. Das garantierte Minimum ist klar zu tief. Dauerstress am Arbeitsplatz, der zunehmend unerträglich hohe Termindruck oder zu viele Störungen am Arbeitsplatz setzen den Menschen zu, bis zur Gren-

ze der Leistungsfähigkeit. Mehr Ferien verbessern die Work-Life-Balance. Es geht um die Gesundheit der Arbeitnehmenden und die Erhaltung der Arbeitsressourcen für sie selbst und die Volkswirtschaft, welche durch Krankheit und Ausfall der Arbeitsplätze stark belastet wird. Genauso wichtig sind zusätzliche Ferien für Familien.

Die Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle» geht eindeutig zu

weit. Sie wäre für viele KMU und für die öffentliche Verwaltung, welche vielerorts noch bei 4 Wochen Ferien ist, eine untragbare Mehrbelastung. Ein Rechenbeispiel: In einem KMU mit 40 Mitarbeitenden ergäbe dies 80 Wochen mehr Ferien, was 1.5 Arbeitsstellen oder Mehrkosten von ca. CHF 150 000 pro Jahr entspricht. Die Kunden wären kaum bereit, diese Mehrkosten zu bezahlen.

Richtig wären meiner Einschätzung nach fünf Wochen Ferien für alle. Im Parlament haben wir EVP-Nationalrätinnen alle entsprechenden Anträge unterstützt. Die vorliegende Initiative lehne ich schweren Herzens ab. So sahen es auch die EVP-Delegierten: sie beschlossen mit 72 zu 29 Stimmen ein Nein.

EVP IN AKTION

Spitex für Kinder mit Behinderungen

Als Bundesgericht und IV im Sommer entschieden haben, die Spitexleistungen für Kinder mit Geburtsgebrechen zu streichen, hat EVP-Nationalrätin Marianne Streiff sofort mit einer Motion reagiert. Nach Gesprächen mit dem Bundesamt für Sozialversicherungen sieht es aktuell so aus, dass der Zustand vor dem BG-Entscheid weitgehend wiederhergestellt ist und Eltern von Kindern mit Behinderungen weiterhin die Unterstützung durch Spitexleistungen in Anspruch nehmen können. Der politische Druck der EVP hat gewirkt!

Für wirksame Alkoholtestkäufe

Ein erfolgreicher Vorstoss von EVP-Nationalrätin Maja Ingold: Ihre Motion für eine gesetzliche Grundlage von Alkoholtestkäufen wird mit 95 zu 93 Stimmen angenommen und geht nun an den Ständerat. Heute gelten Testkäufe, ob sich Geschäfte beim Alkoholverkauf an die Altersgrenzen halten, als verdeckte Ermittlung und fehlbare Händler können nicht bestraft werden. Gemäss Ingold gehören die Testkäufe aber zu den wichtigsten Elementen der Suchtprävention im Jugendalter.

Sammeltage für die Erbschaftssteuer

Im neuen Jahr sind bereits vier nationale Sammelstage geplant: am 24. März, 28. April, 12. Mai und am 30. Juni 2012 (alles Samstage). Überlegen Sie sich schon heute, wann Sie mit ihrer Sektion eine Sammelaktion durchführen können und melden Sie Datum, Ort und Zeit an joel.blunier@evppev.ch. Aktuell hat die EVP rund ein Viertel ihres Sammelziels von 40'000 Unterschriften beieinander.

Mehr Sicherheit am Fussgängerstreifen

Aufgrund der aktuellen Unfallserie an Fussgängerstreifen reicht EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) zwei Vorstösse ein: Mit einer Motion will sie die Bussen fürs Telefonieren am Steuer deutlich erhöhen. Mit einer Interpellation will Ingold anregen, dass die einfache Regel «Keine Strassenquerung ohne Sicherheitshalt» von den Fussgängern besser beachtet wird. Zweitens soll der Bund die Strasseneigentümer innerhalb einer bestimmten Frist zur Sanierung mangelhafter Fussgängerstreifen verpflichten.

Religionsfreiheit für koptische Christen

Seit Jahrzehnten leiden die koptischen Christen unter verschiedenen Formen der Diskriminierung bis hin zur systematischen Verfolgung. Sogar krasseste Fälle von Massakern wurden nicht geahndet. Maja Ingold will vom Bundesrat wissen, wie er der Religionsfreiheit in Ägypten Nachachtung verschaffen wolle.

Arbeitsgesetz gilt auch im Spital

Mit einer Motion will EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) den Bundesrat beauftragen, die Einhaltung des Arbeitsgesetzes in den Spitälern kontrollieren zu lassen. Werden dabei Verstösse festgestellt, sollen umgehend die notwendigen Schritte zu ihrer Behebung eingeleitet werden.

Zivildienst in der Entwicklungshilfe

Für Zivildienstprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit soll den Einsatzbetrieben die Abgabe an den Bund zumindest teilweise erlassen werden. Dies regt Nationalrätin Marianne Streiff mit einer Interpellation an.

ABZOCKER VORS VOLK!

Die Wintersession ist mehr als die Bundesratswahl. Die EVP-Nationalrätinnen setzen sich ein für ein Verfassungsgericht und den Passivrauchschutz. Sie wehren sich gegen Menschenhandel, Zwangsheiraten und Streumunition.



Die Verteidigung im Parlament.

(mi/ms/nh). Zum Auftakt der Legislatur werden alle Mitglieder der Bundesversammlung **gemeinsam vereidigt**. Viel wichtiger als Eid oder Gelübde ist für EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) der Tatbeweis im politischen Alltag: «Ich wünsche mir, dass die Ratsmitglieder wirklich der «Stadt Bestes» vor Augen haben.»

Das grösste mediale Echo erzeugt die **Bundesratswahl**. Für die EVP ist die Konkordanz mit dem Resultat nicht in Frage gestellt. Sie hofft vielmehr, mit diesem Regierungsteam die nächsten Jahre konstruktiv anpacken zu können.

Grosse Wellen wirft auch die **Verfassungsgerichtsbarkeit**, welche auf

einen Vorstoss von Heiner Studer zurückgeht. Für die EVP ist unbestritten, dass Bundesgesetze mit der Verfassung vereinbar sein müssen.

Auch der neu zusammengesetzte Nationalrat bestätigt den **Atomausstieg**. Die Bewährungsprobe steht an, wenn die Revision des Kernenergiegesetzes und Vorschläge für mehr erneuerbare Energien und Energie-sparen ins Parlament kommen.

Zwangsheiraten sollen in der Schweiz ausdrücklich unter Strafe stehen und Ehen mit Minderjährigen werden nicht mehr toleriert. Die Detailberatung folgt in der Frühjahrssession: mit diversen Minderheitsanträgen von Marianne Streiff (BE), wonach die Behörden geeignete Massnahmen für Beratung und Schutz der Opfer treffen müssen.

Zur Bekämpfung des **Menschenhandels** ratifiziert die Schweiz ein Europaratsabkommen und verbessert den Zeugenschutz. Gut!

Gross die Erleichterung bei der EVP, als der Nationalrat der Ratifizierung des Übereinkommens über **Streumunition** zustimmt und mit der Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ein umfassendes Verbot von Streumunition erlässt.

EVP und CVP arbeiten weiter zusammen

Die EVP führt die Zusammenarbeit mit der CVP weiter und bildet mit ihr in der kommenden Legislatur die Fraktion CVP-EVP. Gemeinsam wollen sich die beiden Parteien für starke Familien, eine leistungsfähige Wirtschaft, sichere Sozialwerke und eine nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik einsetzen. Ansonsten wahren die Parteien ihre Eigenständigkeit, insbesondere bezüglich Ausrichtung, Programm, Wertgrundlage, Organisation und Finanzierung.

Marianne Streiff bleibt Mitglied der staatspolitischen Kommission und nimmt neu Einsitz in die Geschäftsprüfungskommission, Maja Ingold wird Mitglied der Sozial- und Gesundheitskommission.

Die **Initiative «Schutz vor Passivrauchen»** der Lungenliga will ein Rauchverbot in öffentlichen Räumen, keine bediente Fumoirs und eine einheitliche nationale Regelung. «Was kann daran eigentlich falsch sein?» fragt Maja Ingold in ihrem Votum rhetorisch.

Mit **Via Sicura** sollen Raser härter bestraft und ihre Autos verschrottet werden können.

Der indirekte Gegenvorschlag zur **Abzockerinitiative** enthält zum Leidwesen der EVP definitiv keine Bonussteuer. Jetzt muss zügig über die Initiative abgestimmt werden.

TERMINE

- 1. März 2012 Kantonalparteienkonferenz KPK, Olten
- 11. März 2012 Eidgenössische Volksabstimmung
- 17. März 2012 Kadertag, Bundeshaus, Bern
- 24. März 2012 1. Sammeltag Erbschaftssteuerreform
- 30. März 2012 Zentralvorstand, Arbon
- 31. März 2012 93. ordentliche Delegiertenversammlung, Arbon
- 28. April 2012 2. Sammeltag Erbschaftssteuerreform
- 5. Mai 2012 4. KMU-Forum
- 12. Mai 2012 3. Sammeltag Erbschaftssteuerreform
- 17. Juni 2012 Eidgenössische Volksabstimmung
- 30. Juni 2012 4. Sammeltag Erbschaftssteuerreform

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 19. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2012
Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber:
EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, Fax 031 351 71 02, info@evppev.ch, www.evppev.ch. Redaktion: Niklaus Hari; Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Ruedi Aeschbacher, Gerhard Baumgartner, Joel Blunier, Walter Donzé, Niklaus Hari, Maja Ingold, Marianne Streiff, Heiner Studer, Benedikt Walker.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.



Augstburger ist Politikerin des Jahres

Die Baselländer EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger ist für idea die Politikerin des Jahres in Deutschland und der Schweiz. Ausschlaggebend war ihr Einsatz gegen die Erotikmesse «extasia» und ihr wertschätzender Umgang mit einer Sexdarstellerin anlässlich einer Gegenüberstellung durch den Sonntagsblick. Wirtschaftsvertreter 2011 wurde Willy Graf, Leiter Hotellerie des Campus Sursee – auch er EVP-Mitglied.

Kein Sitz mehr im Kanton Freiburg

Die EVP hat im November ihren einzigen Grossratsitz von Daniel de Roche leider nicht verteidigen können, trotz einer guten Liste mit 5 Frauen und 5 Männern.

Volk stimmt über öffentliche Kasse ab

Die Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» ist mit 120 000 Unterschriften zustande gekommen. Die EVP ist Mitglied des Trägervereins.

Bezahlbare Wohnungen für Zürich

In der Stadt Zürich ist der Gegenvorschlag des Gemeinderats zu zwei Volksinitiativen der EVP Stadt Zürich mit über 75% Ja-Stimmen angenommen worden. EVP-Präsidentin Claudia Rabelbauer: «Ich bin echt stolz auf das, was wir da als EVP geschafft haben!» Zürich soll eine sozial gut durchmischte Stadt mit bezahlbaren Wohnungen bleiben.

MAX DÜNKI, 1932 – 2011

Nach einem reich erfüllten Leben im Dienst von Gemeinde, Kanton und Bund ist Max Dünki am 27. Oktober 2011 im 80. Altersjahr gestorben.

(hs). Max Dünki vertrat die EVP von 1970 bis 1983 im Zürcher Kantonsrat und von 1983 bis 1999 im Nationalrat. Von 1985 bis 1992 war er Zentralpräsident der EVP. Er war zudem Mitglied des Zürcher Verfassungsrates.

Max Dünki hatte den berechtigten Ruf als Vertrauensmann der «kleinen Frau» und des «kleinen Mannes» (wie er sich gerne aus-



Max Dünki als Nationalrat.

Im Gedenken an Roland Wymann

Im Oktober 2011 verschied Roland Wymann-Bürki, der die Kasse der EVP Kanton Bern während elf Jahren mit grosser Umsicht und Hingabe betreut hat. Er liebte das Zahlenspiel und verrichtete seine Arbeit äusserst gewissenhaft. Die EVP dankt ihm für die umsichtig geleistete Arbeit und wünscht seiner Ehefrau Vreni Trost und Gottes Beistand.

drückte) und er hatte keine Furcht vor «hohen politischen Tieren». Wir sind Max Dünki zutiefst dankbar für seinen jahrzehntelangen, engagierten Einsatz für die EVP und das Gemeinwesen auf allen Stufen. Seiner Ehefrau Ruth Dünki-Kasper und seiner weiteren Familie entbieten wir unser herzliches Beileid.

GEMEINDEWAHLEN

ERFOLGE IM BERNBIET

Auch im 2011 fanden in einzelnen Berner Gemeinden Erneuerungswahlen statt: In **Interlaken** wurden die bisherigen David Bühler und Lorenz Schütz wieder ins Parlament gewählt. Dank der überparteilichen christlichen Liste wurden erstmals Kommissionssitze gewonnen.

In **Lotzwil** wurde Walter Nyffeler als Gemeinderat deutlich bestätigt.

Zudem zieht Sandra Wildi anstelle der infolge Amtszeitbeschränkung zurückgetretenen Margrit Hofer neu in die Schulkommission ein.

Auch in **Uetendorf** reüssierte die EVP. Gemeinderätin Margret von Bergen wurde deutlich wiedergewählt. Die EVP erhielt trotz neuer Konkurrenz einen hohen Stimmenanteil von 15%.

Anzeige

Top-Reisehit 2012

kultour
FERIENREISEN AG

Landwirtschaftsreise nach Israel!
13.-22./26. Februar, mit Hansjörg Bischof
Blühende Landwirtschaft und biblische Stätten



und viele weitere Reisen unter: WWW.KULTOUR.CH
KULTOUR Ferienreisen / 052 235 10 00 / info@kultour.ch



Neu im Grossrat

Roland Aeschmann, diakonischer Mitarbeiter der Christenonagemeinde Reinach, ist neuer Grossrat der **EVP Kanton Aargau**. Er folgt auf Hansruedi Mettler, der wegen einer beruflichen Neuausrichtung nach vier Jahren zurückgetreten ist. Leider hat zudem Grossrat Martin Bhend im Oktober seinen Übertritt zur FDP bekannt gegeben.

Neu in der Exekutive

Biel-Benken (BL): Daniel Kaderli wird neu in den Gemeinderat (Exekutive) gewählt.

Münchenbuchsee: GGR-Mitglied Pascal Lerch folgt auf Katja Nilsen-Schenkel in der Exekutive.

Neu in der Legislative

Lyss: Für die Berner Grossrätin Christine Schnegg und alt Gemeinderätin Karin Hegnauer rücken Morena Beyeler und Mirjam Erhardt in den GGR nach.

Münchenbuchsee ebenfalls mit Doppelwechsel: auf Pascal Lerch und Delaja Messerli folgen Grossrat Ruedi Löffel und Gabi Schranz im Gemeindeparlament.

Neu im Präsidium

Die **EVP Basel-Stadt** verstärkt sich mit einem Co-Präsidium. Grossrat Christoph Wydler unterstützt neu den bisherigen Präsidenten Leonhard Müller.

Bei der **EVP Appenzell Ausserrhoden** teilen Mathias Steinhauer und neu Regula Compér das Co-Präsidium nach dem Rücktritt des bisherigen Co-Präsidenten Peter Künzle.

Neugründung

Im Kanton SG wird die EVP Wahlkreis Rorschach gegründet.

A.Z.B.
3000 Bern 7

Adressberichtigung melden



MIT FRISCHEN IDEEN IN DIE ZUKUNFT

(nh). Am Nachmittag der DV vom 21. Januar in Olten hat die EVP zu einer Zukunftswerkstatt zur künftigen inhaltlichen, organisatorischen und strategischen Ausrichtung der EVP eingeladen. Alle Ideen, Vorschläge und Kritikpunkte wurden gesammelt und werden nun den Leitungsgremien zur Weiterverarbeitung übergeben. Unser Bild zeigt eine Gruppe um alt Nationalrat Walter Donzé beim gemeinsamen Nachdenken über Risiken und

Chancen der EVP. Nach einer «Chropfleerete» wurden Träume und Utopien entworfen, um diese in einer dritten Runde auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen. Abschliessend wurden die besten Vorschläge prämiert.

Denkanstösse vermittelte alt Nationalrat Walter Donzé in seinem Einstiegsreferat. Die EVP stehe weder links noch rechts, sondern gehe mutig voran und meide die Extreme. Er sehe vier Eckpunkte einer

evangelischen Politik: Hoffnung statt Angst, Leben statt Moral, Taten statt Worte und Einfluss statt Resignation. Die jüngsten (Polit-)skandale von Wulff über Zuppiger bis Hildebrand würden nach einer ethischen Verantwortung rufen, welche über die geschriebenen Gesetze hinausgehe. Das sei nur mit dem Evangelium möglich! Donzés abschliessende Frage: Wenn Sie heute die EVP gründen würden, dann...? Was wäre Ihre Idee?

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 93. ordentlichen DV der EVP Schweiz am Samstag, 31. März 2012, 10.15 bis 16.00 Uhr im Seeparksaal in Arbon.

1. Eröffnung der Tagung durch den Parteipräsidenten
2. Besinnliche Einleitung, Grussworte, Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
3. Abstimmungsvorlagen
Mittagessen
4. Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Heiner Studer)
5. Bericht über das Parteileben (Generalsekretär Joel Blunier)
6. Zentralvorstand: Neuwahlen für die Amtsdauer 2012-2016
7. Parteipräsidium: Wahl für die Amtsdauer 2012-2016
8. Kontrollstelle: Wahl für die Amtsdauer 2012-2016
9. Zentralkasse: Jahresrechnung 2011
10. Zentralkasse: Voranschlag und Zentralbeitrag 2013

Ich melde mich für die DV vom 31. März an.
(Webanmeldung möglich unter www.evppev.ch > Termine)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jevpp-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 26. März 2012 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7



Mitglieder- und Kaderentwicklung

Bereits am 17. März findet der Kadertag der EVP Schweiz im Bundeshaus in Bern statt. Inhaltlich ist ein Update zur «Erb-schaftssteuerreform» gesetzt, welches die neu aufgetauchten Fragen klären helfen soll. Ruedi Aeschbacher wird im Hinblick auf die Klärung des EVP-Profiles darlegen, was unter «Typisch EVP» zu verstehen ist. Zudem wird die Mitglieder- und Kaderentwicklung ein Thema sein. Anmelden kann man sich auf www.evppev.ch/kadertag.